

> Berlin aktuell

Zur Arbeit von Ingbert Liebing

Redaktion: Sophie Brachvogel



Für die Mitglieder und Freunde der CDU in Nordfriesland und Dithmarschen Nord

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde,

in dieser Woche hat der Deutsche Bundestag der Fortentwicklung des Europäischen Euro-Rettungsschirm zugestimmt—auch mit meiner Stimme. Mich haben viele besorgte Fragen und Kritik erreicht. Deshalb möchte ich gern meine Gründe für die Zustimmung erklären.

Mir geht es nicht vorrangig um die Rettung oder Solidarität mit Griechenland. Mir geht es um die Stabilisierung des Euro, unserer Währung. Die Alternative, eine Pleite Griechenlands, ist wahrlich nicht attraktiver. „Umschuldung“ klingt vornehm. Tatsächlich handelt es sich um einen Schuldenerlass. Wollen wir wirklich den Griechen einfach ihre Schulden erlassen? Portugal, Spanien, Italien, vielleicht noch andere, würden folgen und auch diesen Schritt verlangen. Nein, jedes Land muss für seine Schulden gerade stehen und sie abtragen. Deshalb ist die Bundesregierung auch entschieden gegen Eurobonds. Die wären eine Vergemeinschaftung der Schulden mit höheren Zinsen für uns. Wir wollen dies nicht, aber SPD und Grüne.

Dennoch ist eine Insolvenz Griechenlands nicht auszuschließen. Dies hätte Folgewirkungen auf Banken, die den Griechen Geld geliehen haben. Deren Staaten müssten diese Banken stützen und kämen selbst in Bedrängnis. Dafür braucht es Schutzmechanismen, um keine ungesteuerte Insolvenz eines Staates mit unkalkulierbaren Folgen zu riskieren. Dazu dienen die jetzt beschlossenen Maßnahmen.

Wichtig ist mir auch, dass sich der Privatsektor beteiligt. Mit 30 Milliarden Euro helfen private Gläubiger, um eine Insolvenz Griechenlands zu verhindern.

Und: Wir haben als Koalitionsfraktionen eine umfassende Parlamentsbeteiligung durchgesetzt. Es gibt keine neuen Hilfen ohne Parlamentszustimmung.

Wir erleben eine ernsthafte Krise unserer Währung. Aber dies ist keine Euro-Krise, sondern eine Schuldenkrise der europäischen Staaten, im übrigen aber auch der USA.

Deshalb ist Stabilitätspolitik so wichtig: in Europa mit Schuldenbremsen auch bei unseren Partnern, aber auch bei uns zu Hause, in Deutschland, in Schleswig-Holstein, in Nordfriesland, in allen Städten und Gemeinden.

Es ist gut, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel dies auf europäischer Ebene thematisiert hat. Wir wollen Schrittmacher für eine neue Stabilität und Solidarität in Europa sein.

Alle bisherigen Instrumente, die sogenannten „Maastricht-Kriterien“ haben offenbar nicht ausgereicht, um Stabilität zu sichern und die Krise zu verhindern. Auch deshalb brauchen wir neue Instrumente, die wir jetzt beschlossen haben.

Nicht vergessen sollten wir dabei, dass es rot/grün unter Kanzler Schröder waren, die gegen fachlichen Rat und ohne Zustimmung der Union Griechenland in den Euro aufgenommen haben, und die nach 2002 die Maastricht-Kriterien aufgeweicht haben.

Es ist immer ein Markenzeichen der Union gewesen, dass wir uns für Stabilität einsetzen. Das muss auch so bleiben.

Meine Zustimmung habe ich nicht auf Druck, sondern nach bestem Wissen und Gewissen getan. Nach meiner Überzeugung in unserem eigenen deutschen Interesse.

Ich wünsche Ihnen allen einige erholsame Ferientage und eine sonnige Herbstzeit.

Ingbert Liebing, MdB

Liebing organisiert Meereskongress mit Kanzlerin

Einen Meeresschutzkongress über neue Impulse für den internationalen Meeresschutz organisiert Ingbert Liebing am 24. Oktober zusammen mit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Berliner Reichstagsgebäude. Im Rahmen der Rio+20-Veranstaltungsreihe zur Vorbereitung des Jubiläumsgipfels über den Schutz der Meere und ihre nachhaltige Nutzung soll diskutiert werden, über Nutzungskonflikte und entsprechende Lösungsansätze, über die EU-Fischereipolitik und internationale Schutzbemühungen ebenfalls. Wissenschaftler und Vertreter von Schutz- und Nutzerverbänden werden dazu sprechen, die verantwortlichen Minister der Bundesregierung werden die politischen Wertungen vornehmen. Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und die EU-Kommissarin für Fischereipolitik Maria Damanski haben ihr Kommen zugesagt. Die Hiobsbotschaften über den Zustand der Meere reißen nicht ab. Die zahlreichen Bemühungen, die Meere besser gegen Übernutzung und Verschmutzung zu schützen, brachten nicht den gewünschten Erfolg. Auf der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro wurden wegweisende internationale Vereinbarungen geschlossen. Diese betreffen auch Maßnahmen zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt, zum Schutz des Klimas und gegen die Ausbreitung der Wüsten. Den Paradigmenwechsel, den Rio92 mit der Botschaft der nachhaltigen Entwicklung markiert, hat es jedoch für die Meere nicht gegeben.

CCS: Scheitern der Länderklausel bedauerlich

Die Ablehnung des CCS-Gesetzes mit Länderklausel durch die Mehrheit aus SPD- und grünregierten Bundesländern ist nach den mehrjährigen Verhandlungen und dem mit viel Mühe durchgesetzten Kompromiss der Länderklausel extrem bedauerlich. SPD und Grüne betreiben über den Bundesrat Obstruktionspolitik. Im schleswig-holsteinischen Interesse war nach langen Auseinandersetzungen die Länderklausel durchgesetzt worden, die den Bundesländern das Recht einräumt, selbst über die CO₂-Speicherung in ihrem Gebiet zu entscheiden. Nach dem Scheitern des Gesetzes im Bundesrat beginnen die Verhandlungen aufs Neue. Es ist zu befürchten, dass für Schleswig-Holstein bei einem neuen Gesetzesanlauf das Ergebnis keineswegs besser wird. Wenn sich CCS-Gegner heute über die Ablehnung freuen, ist Vorsicht geboten: SPD und Grüne haben im Deutschen Bundestag für ein CCS-Gesetz plädiert, aber die Länderklausel abge-

lehnt. Der SPD-Senat in Hamburg hat ausdrücklich gegen eine Länderklausel votiert. Die rot-rote Landesregierung in Brandenburg hat bis zuletzt gegen die Länderklausel gekämpft. Tatsächlich freuen sich eher die CCS-Befürworter, weil sie jetzt glauben, ihre Ziele besser durchsetzen zu können.

SPD und Grüne haben damit dem Interesse Schleswig-Holsteins einen Bärendienst erwiesen. Nichts anderes als Heuchelei ist es, wenn SPD und Grüne in Schleswig-Holstein und in der Region vor Ort den Eindruck erwecken, als seien sie grundsätzlich gegen CCS, während diese Parteien im Bundestag tatsächlich für ein CCS-Gesetz, aber ohne Länderrechte, eintreten.

Peter Harry Carstensen, Wirtschaftsminister Jost de Jager und Kollegen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hatten mitgeholfen, mit der Länderklausel die Länderrechte zu stärken. Liebings Ziel bleibt es, auch nach dem Scheitern im Bundesrat dieses erzielte Ergebnis für die Zukunft zu retten.



Ingbert Liebing MdB, Vorsitzender des Arbeitskreises Küste der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, und Michael Thamm, Präsident von AIDA Cruises, diskutierten in der Sitzung des Arbeitskreises insbesondere über die ökonomische Bedeutung des Kreuzfahrttourismus, Chancen und Risiken staatlich gesetzter Umweltstandards sowie die Bedeutung einer intakten Infrastruktur für den Schiffsverkehr.

Jugendtourismus soll mehr gefördert werden

Jugendtourismus beschäftigt Ingbert Liebing derzeit verstärkt in der Arbeitsgruppe Tourismus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Einen Antrag zum Thema hat er federführend ausgearbeitet. Kinder- und Jugendreisen stellen ein wichtiges Segment der deutschen Tourismuswirtschaft mit einem Jahresumsatz von rund 12 Milliarden Euro dar.

Daher ist es wichtig, dieser bedeutenden Zielgruppe mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Gezielte Angebote zu gesunder Ernährung und Bewegung, die immer mehr bei Kindern und Jugendlichen zu kurz kommen, gewinnen auch in Zukunft mehr Bedeutung. Im Gegensatz zu anderen touristischen Angeboten haben die Kinder- und Jugendreisen eine große pädagogische und soziale Bedeutung.

Unter anderem geht es um laufende Qualitätssicherung von Einrichtungen, Qualifizierung von Personal, Sicherung von Klassenfahrten mit inhaltlichem Profil, um den Jugendfreizeitbereich, aber auch um das Thema Gewalt und sexuelle Gewalt bei Kinder- und Jugendreisen. Wichtige Punkte im Antrag sind außerdem die Förderung des internationalen



Bernd Dohn (3. v. l.), Hauptgeschäftsführer des Deutschen Jugendherbergswerkes, war jetzt zu Gast in einer Sitzung der Arbeitsgruppe Tourismus, deren stellvertretender Vorsitzender Ingbert Liebing ist.

Jugendaustausches und der Jugendbegegnungen. In diesem Zusammenhang soll bei der Kultusministerkonferenz erreicht werden, dass Auslandsaufenthalte deutscher Schüler an ihren Heimatschulen besser anerkannt werden.

Bundesfreiwilligendienst: Aus Not ist eine Chance geworden

Mit der Aussetzung der Wehrpflicht war das Ende des Zivildienstes besiegelt. Die Aussetzung oder Abschaffung des Zivildienstes war zwar nicht primäres politisches Ziel, aber zwingende Folge der Entscheidung zur Aussetzung der Wehrpflicht. Sofort waren Hiobsbotschaften allerorten zu hören: Die sozialen Systeme würden zusammenbrechen, Alten- und Pflegeheime könnten ihre Aufgaben nicht mehr wahrnehmen, und, und, und ...

Heute wissen wir: Diese Hiobsbotschaften sind nicht eingetreten. Der von der christlich-liberalen Koalition unter Federführung von Bundesfamilienministerin Dr. Kristina Schröder initiierte neue Bundesfreiwilligendienst wird zum Erfolgsmodell. In meiner Wahlkreisarbeit habe ich bei diesem Thema nur positive Erfahrungen gesammelt. Ein Manko ist jedoch offenkundig: Die kurze Frist zwischen Beschlussfassung und Einführung des Bundesfreiwilligendienstes zum 01. Juli reichte nicht, um dieses Angebot ausreichend in der Bevölkerung bekannt zu machen. Also habe ich mit den Trägern Öffentlichkeitsaktionen gestartet. Mit Pressebegleitung besuchte ich die Einrichtungen und warb für den Bundesfreiwilligendienst. Dort habe ich die ersten Freiwilligen, die inzwi-

schen liebevoll als „BUFDIs“ bezeichnet werden, getroffen. Ich war mit Geschäftsführern mehrerer Einrichtungen in einer Werkstatt für Behinderte, habe gemeinsam mit dem Geschäftsführer des Deutschen Jugendherbergswerkes, Landesverband Nordmark, die Jugendherberge in Niebüll besucht, und war bei der Naturschutzgemeinschaft auf Sylt, wo auch der örtliche Heimatverein seinen ersten „BUFDI“ präsentierte und die Sylter Werkstätten für Menschen mit Behinderungen ihr Angebot präsentierten. Die BUFDIs, die ihren Dienst vor wenigen Tagen angetreten hatten, gehen mit hoher Motivation an ihren neuen Dienst, freuen sich auf die Aufgabe und die Träger sind hochzufrieden, motivierte Freiwillige zu bekommen. Insbesondere Kommunen können auch Stellen für Freiwillige des BFD anbieten. Diese Möglichkeit ist nicht bekannt genug.

Fazit: Die Abschaffung des Zivildienstes war zunächst eine Notlage, die sich aus der Aussetzung der Wehrpflicht ergab. Inzwischen ist aus der Notlage eine große Chance geworden. So wird dieser Dienst inzwischen auch bei den Beteiligten, bei den BUFDIs selbst und bei den Trägern aufgefasst. Als Union können wir den Bundesfreiwilligendienst offensiv als Erfolgsmodell vertreten.

Verkehrsinfrastruktur: eine Milliarde mehr nötig!

Für eine deutliche Verstärkung der Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur wirbt Ingbert Liebing. Die Verkehrsinfrastruktur in Deutschland ist – trotz aller Anstrengungen der Bundesregierung – hoffnungslos unterfinanziert. Die Auseinandersetzung über die Finanzierung einzelner Verkehrsprojekte, wie aktuell um die Schleuse in Brunsbüttel beim Nord-Ostsee-Kanal, ist nur die Verwaltung des Mangels.

Nur mit mehr und zusätzlichem Geld wird der gerade in Norddeutschland erforderliche Ausbau der Verkehrsinfrastruktur gelingen.

Im Küstenkreis der Union herrscht großes Einvernehmen, dass wir mehr Geld für mehr Infrastruktur brauchen. Zwar sind in den Jahren 2012 bis 2015 von der Regierung im Jahresdurchschnitt rund zehn Milliarden Euro für die Bereiche Straße, Schiene und Wasser vorgesehen. Allerdings reicht diese Summe bei weitem nicht.

Dies wird am Beispiel der Wasserstraßen deutlich, für die jährlich 900 Millionen Euro für Unterhaltung und Neubau vorgesehen sind, aber nur 400 Millionen Euro

davon für gezielten Ausbau. Allein das Projekt Nord-Ostsee-Kanal mit allen Ausbaustufen erfordert eine Milliarde Euro. Da reichen 400 Millionen Euro für alle Wasserstraßen in ganz Deutschland nie und nimmer, um dies zu stemmen.

Der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur ist für Norddeutschland insbesondere mit Blick auf die Hafenhinterlandanbindungen von besonderer Bedeutung. Diese liegen nach Liebings Auffassung aber „im nationalen Interesse“.

Schließlich würden über die Häfen in Norddeutschland auch die Güter, die in Süddeutschland produziert werden, auf den Weltmarkt verschifft. Und über 90% des Welthandels findet über die Meere statt.

Es sei absehbar, dass Zu- und Abfluss der Güter zu und von den Häfen an der Küste in wenigen Jahren kollabieren, wenn nicht endlich investiert wird.

„Gute Verkehrsinfrastruktur ist Voraussetzung für gut funktionierende Wirtschaft“

Seiner Auffassung nach ist die Verkehrsinfrastruktur eine der zwingenden Voraussetzungen für die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Dies zeigt für

Nordfriesland beispielhaft der Ausbau der B 5.

Die norddeutschen Küstenländer hatten bereits vor mehreren Jahren mit der „Ahrensburger Liste“ die wichtigsten Ausbaumaßnahmen für Straße, Schiene und Wasser benannt, z.B. die Y-Trasse zwischen Hannover, Hamburg und Bremen (allein 1,3 Mrd. €), sechs- bzw. achtstreifiger Ausbau von A1 und A7, Fahrrinnenanpassung von Elbe und Weser sowie der Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals (1 Mrd. €). Wenn wir den Verkehrskollaps verhindern wollen, dann geht dies nur mit einem großen Kraftakt. Dann brauchen wir mehr Geld für die Verkehrsinfrastruktur. Das geht nicht mit Kleckerbeträgen, hier ist mindestens eine Milliarde mehr pro Jahr zwingend geboten, um zumindest die dringendsten Projekte schneller voran zu bringen.

Darauf hat sich nun auch auf Liebings Initiative hin der Vorstand des Küstenkreises mit den norddeutschen Mitgliedern des Haushaltsausschusses verständigt. Unterstützung kommt vom Fraktionschef Volker Kauder, Widerstand vor allem von der FDP.

Kontakt Ingbert Liebing | Mitglied des Deutschen Bundestages

Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

☎ (030) 227 - 71 173

☎ (030) 227 - 76 142

✉ ingbert.liebing@bundestag.de

Ansprechpartner:

Sophie Brachvogel, Silke Stallkamp, Regine Sternebeck

Mehr Infos unter:

www.ingbert-liebing.de

Wahlkreisbüro Nordfriesland

Johanna Papke, Katrin Jensen, Hannes Fuhrig

Heckenweg 1
25813 Husum

☎ (04841) 90553-15

☎ (04841) 90553-29

✉ ingbert.liebing@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro Dithmarschen-Nord

Anne Ohlsen
Hamburger Str. 7
25746 Heide

☎ (0481) 34 06

☎ (0481) 53 82

✉ service@cdu-dithmarschen.de

